

12.12.06

Antrag

des Landes Berlin

Neubenennung von Vertreterinnen und Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union

(hier: Gremien, in denen die Vertreterinnen und Vertreter seit 2003 tätig sind)

Punkt 77 der 829. Sitzung des Bundesrates am 15. Dezember 2006

Der Bundesrat benennt gemäß § 6 Abs. 1 EUZBLG i. V. m. Abschnitt IV der Bundesländer-Vereinbarung ergänzend für den

Bereich Binnenmarkt und gewerbliche Wirtschaft - Gremien des Rates -
Ziffer 1: "Gruppe Erweiterung"

eine Vertreterin des Landes Berlin

Senatorin für Justiz

(Gisela von der Aue).

Die Neubenennung wird zum 1. Januar 2007 wirksam.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Nach der Regierungsneubildung konnte der Senat erst in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 den Benennungsvorschlag für die Vertretung auf politischer Ebene vornehmen. Die BR-Drucksache 828/06 ist daher bezüglich der politischen Vertretung Berlins (bislang "N.N") entsprechend zu ergänzen (Senatorin von der Aue).